

Pressegespräch am 14. August 2014

Die WPS gibt heute ihren Vierteljahresbericht:

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich vorausschicken, die ersten rund 100 Tage des neuen Stadtrats haben gezeigt, dass die Bürger mit der neuen Bürgermeisterin, Frau John, eine gute Wahl getroffen haben. Viele Dinge, die der Altbürgermeister hat liegen lassen, hat sie zwischenzeitlich angepackt und erledigt. Die Stadtratsvorlagen haben sich wesentlich gebessert. Sie sind strukturiert, logisch und führen den Stadtrat in gute Beratungen und zur Entscheidung.

Westumfahrung

Die Bürgermeisterin hat in ihren ersten 100 Tagen die Westumfahrung Ihrem Ziel ein großes Stück näher gebracht. Seit Planfeststellungsbeschluß für die Westumfahrung am 15.1.13 hat Altbürgermeister Pfaffinger die Grundstücksankäufe so schleppend vorangetrieben, dass zwischen dem 16.1.14 und 30.1.14 erst 4 von rund 40 Grundstückskaufverträgen abgeschlossen worden waren. Trotz unseres ständigen Nachfragens beschleunigte er die Verhandlungen nicht. Auch bekamen wir von den anderen Stadtratsparteien CSU, UWG, SPD und Grünen keinerlei Unterstützung. Nicht einmal Verkehrsreferent Stadtrat Busse bemühte sich, obwohl Beschlussvollzugs-Überwachung Teil seiner Aufgabe gewesen wäre. Für den Erwerb von 45.000 qm für den Pfaffinger 1 ¼ Jahre gebraucht hat, brauchte John lediglich 3 Monate. Hieran erkennen Sie gleich, daß die neue Bürgermeisterin ein besseres Gespür und die größere Souveränität in solchen Dingen hat..

Es ist daher unangebracht, wenn die CSU nunmehr versucht hier der neuen Bürgermeisterin Langsamkeit in der Abwicklung vorzuwerfen.

Es wäre gut, wenn sich Stadtratsneuling Frey, bevor er zukünftig Nebelkerzen wirft, erst einmal sachkundig macht. Es wäre der Sache dienlicher, wenn auch er fordern würde, dass das Straßenbauamt in Weilheim den Zuwendungsantrag auf Fördermittel für die Westumfahrung endlich bei der Regierung von Oberbayern einreicht.

Wir verstehen, dass es Jägerhuber immer noch schmerzt nicht Bürgermeister geworden zu sein, aber es macht keinen Sinn die Wahlsiegerin in ihrem neuen Amt laufend zu diskreditieren.

Im Gegenteil, Frau John räumt mit Nachdruck die Hinterlassenschaften des UWG- Altbürgermeisters Pfaffinger auf. Bei der Westumfahrung hat sie bis jetzt 50% des Grunderwerbs erledigt.

Mautausweichverkehr

Ebenso haben wir uns wegen des Themas Mautausweichverkehr auf der Hanfelder Straße an die Bürgermeisterin gewandt und gebeten auch hier mit den Pfaffingerschen Hinterlassenschaften aufzuräumen und die alten Stadtratsbeschlüsse „Lastwagen über 12 Tonnen aus der Hanfelder Straße zu verbannen“ zu vollziehen.

Der Verkehr auf der Hanfelder Straße hat zwischenzeitlich ein für die Bürger unerträgliches Maß angenommen.

Durch die im Oktober 2012 eröffnete Umfahrung Oberbrunn / Unterbrunn ist die Hanfelder Straße zur Verbindungsstraße (Südring) zwischen den Autobahnen Lindau und Garmisch ge-

worden. 13.700 Fahrzeuge (12.600 PKW und 1.100 LKW) benutzen täglich die Hanfelder Straße (gezählt am Hanfelder Kreisel).

Die Lastwagen über 12 Tonnen nehmen ständig zu. Selbst Gutachter Kurzak musste in seinem Gutachten vom 18. Oktober 2013 feststellen, daß „die Hanfelder Straße zum Leidwesen der Anlieger und der Starnberger jetzt verstärkt die Funktion der südwestlich von München fehlenden tangentialen Verbindungsstraße übernommen hat“.

Eine Aussperrung des Mautausweichverkehrs ist möglich. Die Voraussetzungen des § 45 IX S.1 StVO liegen vor. Es liegt sowohl eine über das Normalmaß hinausgehende, also erhebliche, Beeinträchtigung der Wohnbevölkerung durch Lärm und Schadstoffe vor, als auch eine erhebliche Steigerung der Unfallrisiken und der Gefahren in Bezug auf Straßen- und Erschütterungsschäden.

Zusammen mit der Bürgerliste hatten wir bereits vor sechs Jahren fast auf den Tag genau (am 13.8. 2008) beantragt, den Mautausweichverkehr ab 12 Tonnen aus der Hanfelder Straße auszuschließen. Der Ferienausschuss beschloss dies am 28. August 2008. Altbürgermeister Pfaffinger, UWG, CSU, Grüne und SPD haben den Vollzug dieses Beschlusses stets verzögert. Der Beschluss wurde von ihnen einfach der verwaltungsmäßigen Bearbeitung zugeführt.

Frau John wird sich der Sache jetzt annehmen.

a) In der Hanfelder Straße ist auch ohne Ausschluss des Mautausweichverkehrs eine Lärmsanierung längst überfällig. Die Lärmbelastung beträgt dort über 70/60 Dezibel. D.h. dort müssten eigentlich schon längst 6 m hohe Lärmschutzwände stehen. Ziel müssten Werte unter 50 bzw. 40 dB sein.

Die Lärmbelastung ist hier täglich 40.100 Autos stark. Ab der Obwaldstraße sogar täglich rund 51.500 Fahrzeuge stark.

D.h. der Lärm an der Hanfelder Straße ist genauso stark, wie in Percha an der Autobahn. Mit dem kleinen Unterschied, dass dort bereits seit Jahrzehnten Lärmschutzwände stehen.

b) In der Hanfelder Straße ist auch ohne Ausschluss des Mautausweichverkehrs eine Feinstaub- und Reizgassanierung längst überfällig. Die Anwohner müssen Feinstaub und Reizgas in gesundheitsschädlichen Mengen einatmen, Mengen die für Entzündungen, Wucherungen, Asthma, Bronchitis, Krebs, Herzinfarkt verantwortlich sind. Die Feinstaub-, Reizgasbelastung der Hanfelder Straße dürfte heute die Grenzwerte überschreiten.

Der PM 10 Kalenderjahr-Grenzwert beträgt 40 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft; der Tagesmittelgrenzwert bei 50 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft.

Der PM 2,5-Grenzwert liegt ab 2015 bei 25 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft; 2020 bei 20 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft.

Am 8.1.2009 hatten BLS/WPS daher neben dem Ausschluss des Mautausweichverkehrs auch die Erstellung eines Lärmaktionsplans und die Messung der Luftschadstoffbelastung der Hanfelder Straße beantragt. Im Bauausschuss am 8.X.2009 wurde beides beschlossen, doch geschehen ist nichts.

Wir werden Frau John bitten auch hier tätig zu werden.

Verkehrslösung durch Umfahrung

Meine Damen und Herren, beim Thema Verkehrsentlastung Starnbergs durch Umfahrung werden wir in dieser Legislaturperiode Gas geben. Wir freuen uns, dass uns nun auch die Tunnelbefürworter, allen voran Stadtratskollege Frey, dabei unterstützten wollen. Dazu haben wir am 16. Juli einstimmig beschlossen, ein Entlastungskonzept auf der Basis einer Umfahrung entwickeln zu lassen. Ein Entlastungskonzept, das vor allem auch die sechs Staatsstraßen einbezieht. (Gautinger St 2063; Hanfelder St 2069, Söckinger St 2070, Possenhofener Str. St 2063, Maxhof - Andechser St 2563, Berger Straße St 2063).

Bisher hatten sich Tunnelbefürworter und Altbürgermeister Pfaffinger stets geweigert durch die Stadt, für den Fall, dass der Tunnel an den Finanzen oder den nicht mehr gegebenen Sicherheitsstandards scheitern würde, einen Plan B entwickeln zu lassen.

Ein solches Verkehrskonzept wird umso wichtiger als CSU, UWG, SPD und Grüne den Tengelmann-Markt am Bahnhof Nord zu einem riesigen Einkaufszentrum mit Omnibusbahnhof, Tiefgaragen und Zufahrten über die Gautinger Straße umbauen lassen wollen (SR 28.7.14).

Ein so groß dimensioniertes Einkaufszentrum wird sicherlich nicht nur Kaufkraft anziehen und binden sondern auch viel Kaufkraft aus der Innenstadt mit seinen Parkplatzschwierigkeiten abziehen und den Geschäftsleuten hier das Leben weiter erschweren. Man kann nur hoffen, dass die Innenstadt dies nicht mit Geschäftsleerständen quittieren wird.

Stadtratswahlen Anfechtung, Berichtigung, Neuauszählung

Lassen Sie mich zum Thema Anfechtung und Neuauszählung der Stadtratswahlen vom 16. März kommen.

Die Falschauszählungen waren so offensichtlich, dass wir uns gewundert haben, warum CSU, SPD, UWG und Grüne das Ergebnis nicht angefochten haben, ja im Gegenteil ihre Vertreter im Wahlausschuss alles taten, weitere Berichtigungen zu verhindern.

Die bei der Auszählung gemachten Fehler sind zudem so gravierend, dass sich das Landratsamt selber die Prüfungsfrist bis 30. September verlängern musste. Normalerweise hätte das Landratsamt das Ergebnis ihrer Wahlüberprüfung am 28. Juli 2014 vorlegen müssen.

Eigentlich wäre es Verpflichtung jedes Stadtrats auf ein korrektes Wahlergebnis durch Neuauszählung zu dringen.

Ausschußneubesetzung

Die Untätigkeit der CSU, UWG, SPD und Grünen in Bezug auf die falsch ausgezählte Kommunalwahl ist ebenso merkwürdig, wie das plötzliche Berufen dieser Parteien auf eine angeblich nur zum Schein gebildete BLS- Fraktion zwischen Rieskamp und Jann.

Grund dieses Aufschreis und Wehklagens ist der Verlust eines Ausschusssitzes der UWG in den Ausschüssen für Verkehr, Finanzen, Bau und im Ferienausschuss.

Eine Folge, die die von allen Parteien des Starnberger Stadtrats –also auch der UWG, CSU, SPD und Grünen- einstimmig beschlossene Geschäftsordnung vorschreibt und auf den Vorschriften der Gemeindeordnung basiert.

Es erstaunt, dass sich gerade die UWG, die Meister in der Aufnahme von Wechselstadträten ist, sich bei einem echten Wechsel plötzlich auf Schein beruft, wo sie doch selber jahrelang nur aus Schein zusammengesetzt war.

Eine Frau Frey, Mutter des jetzigen Stadtrats Frey, hat im Gegensatz zu Herrn Rieskamp nie die CSU-Mitgliedschaft zurückgegeben oder sich von den politischen Zielen der CSU losgesagt, als sie von der CSU zur UWG wechselte; ein Herr Stang blieb auch weiterhin Tunnelgegner als er zu den Tunnelbefürwortern, der UWG wechselte.

Eine UWG, war sich auch nicht zu fein, Pfaffinger kurz nach der Wahl zum BLS-Bürgermeister im Jahre 2003 zur UWG zu ziehen, obwohl Pfaffinger in der Öffentlichkeit dadurch ein miserables Bild abgab, das ihm ja auch den Titel „Wendehals“ einbrachte.

Daran sollte sich die UWG erinnern, und nicht, wenn sich das Blatt mal gegen sie wendet, wahrheitswidrig behaupten, Rieskamp schließe sich nur zum Schein mit Jann zu einer Fraktion zusammen.

Die gemeinsame juristische Hexenjagd von UWG, CSU, Grüne und SPD gegen die BLS-Fraktion, zeigt, dass sie sich nicht geändert haben, sie können ihren Machtverlust nicht verkunnen. Ihnen gehen Parteiinteressen und Machterhalt vor Gemeinwohl. Sie vergessen dabei, dass ca. jeder 20ste Wähler die BLS gewählt hat.

Wir, WPS-Fraktion und -Vorstand, wünschen Klaus Rieskamp und der alten/neuen BLS-Fraktion eine harmonische und fruchtbare Zusammenarbeit im Stadtrat zum Wohle der Bürger, auch wenn BLS- und WPS-Fraktion unterschiedliche politische Ziele verfolgen.

Es verwundert daher, dass sich das Landratsamt vor den aussichtslosen Karren von UWG, CSU, SPD und Grünen spannen lässt und der Bürgermeisterin droht, den Ausschussneubesetzungsbeschluss vom 28.7. 2014 aufzuheben, wenn sie dieses nicht freiwillig mache. Ein Landratsamt, das sich nur einseitig von UWG, SPD, Grünen und CSU informieren lässt und auf dieser Basis Vorabentscheidungen trifft, erweckt den Eindruck der Komplizenschaft und verletzt seine Pflicht zur Neutralität der öffentlichen Hand.

Ordner-Affäre

War es doch auch die UWG, die Altbürgermeister Pfaffinger in der Ordner-Affäre gedrängt hatte und ihn ermunterte, Strafanzeige gegen Unbekannt zum Nachteil der Stadt Starnberg wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses zu erstatten. Die Staatsanwaltschaft München II hat dieses Ermittlungsverfahren am 30.7.14 eingestellt und u.a. ausgeführt, dass sie nicht dazu da sei, für die Stadt den Urheber strafloser Indiskretionen zu ermitteln.

Die WPS hatte diese Anzeige schon im Stadtrat am 31. März 2014 als „Quatsch“ und inakzeptables Wahlkampfgetöse auf Kosten der Stadt bezeichnet. Erntete für diese rechtliche Vorhersage jedoch harsche Kritik der CSU, Grünen, UWG und SPD.

Die WPS fordert die Stadt auch weiterhin auf, die völlig abwegige und vertraglich nirgends festgeschriebene Geheimhaltung der uralten Abmachungen der Stadt mit der Deutschen Bahn AG zu beenden. Die Starnberger Bürger haben ein Recht darauf, sich endlich eine eigene unverfälschte Meinung über die haltlosen vertraglichen Rahmenbindungen einer Gleisverlegung am See zu bilden, weil sie uns alle betrifft.

Wasserpark

Themenwechsel wir sind froh, dass der Stadtrat am 28.7.2014 wenigstens die Sanierung und Attraktivierung des Starnberger Wasserparks beschlossen hat. Ein Beschluss, der den rund 160.000 jährlichen Besuchern, davon 60% Kinder, zu Gute und damit städtische Gelder endlich sinnvoll investiert und nicht wieder in unendlichen nichts bringenden Planungen versickern lässt.

Ausblick

Wenn schon CSU, UWG, SPD und Grüne in den ersten 100 Tagen den Eindruck hinterlassen haben, dass sie auch in den nächsten sechs Jahren nicht bereit sind, ihre ausgetretenen Pfade zu verlassen, so sieht die WPS im neuen Stadtrat jedoch eine gute Gelegenheit zum Neuanfang und ist bereit, allen Stadträten ihre Hand zur sachlichen Zusammenarbeit zum Wohle der Starnberger Bürger zu reichen.

(WPS, Günther Picker)